

Dunkelziffer Unbekannt

Rassismus & rechte Gewalt in Marzahn-Hellersdorf

Frühjahr 2018



Impressum

**Dunkelziffer Unbekannt
Heft 3**

April 2018

Herausgegeben von:
AK Rechte Gewalt,
Antirassistische
Registerstelle,
AStA Alice Salomon
Hochschule
Alice-Salomon-Platz 5
12627 Berlin
arreg@ash-berlin.eu

V.i.S.d.P.:

Y. Gagarin
Allee der Kosmonauten 3
10315 Berlin

Die Verteiler_innen des
Heftes sind nicht mit den
Macher_innen identisch.
Die Texte geben nur die
Meinung der jeweiligen
Autor_innen wieder.

Wir verwenden als
Geschlechterschreib-
weise den Gendergap
(z. B. Aktivist_innen),
um der Vielfalt
geschlechtlicher
Identitäten und Lebens-
weisen Rechnung zu
tragen. Das Sternchen
hinter Männer* und Frauen*
setzen wir, um auf
(heteronormative)
Zweigeschlechtlichkeit als
soziales Verhältnis zu
verweisen. Die Begriffe
"Mann" und "Frau" sind
keine fixen, natürlichen
Kategorien, sondern
Positionen in diesem
Verhältnis.

Diese Ausgabe erscheint
mit freundlicher
Unterstützung der
Rosa Luxemburg Stiftung
und der Alice Salomon
Hochschule.



LGBTIQ-feindlicher Angriff in Hellersdorf

Gegen 23.15 Uhr wird eine 23-jährige
Frau in der Alten Hellersdorfer Straße aus einer
Gruppe von Jugendlichen heraus aus LGBTIQ-
feindlicher Motivation beleidigt
und geschlagen.

Titelbild: Rassistischer Angriff am S-Bahnhof Mehrower Allee

Ein geflüchteter Mann wird an der Bushaltestelle am S-Bahnhof Mehrower Allee gegen 21:00 Uhr von vier betrunkenen Männern angegriffen. Nach einer rassistischen Beleidigung („Ausländer raus“) kommen sie auf ihn zu und er wird von einem Täter ins Gesicht geschlagen. Der Betroffene kann daraufhin fliehen und sich in Sicherheit bringen. Der Betroffene möchte anonym bleiben und zeigt den Vorfall nicht bei der Polizei an.

Editorial

Zum bereits dritten Mal stellen wir mit der *Dunkelziffer unbekannt* ein Magazin zusammen, in dem wir Rassismus und rechte Gewalt in Marzahn-Hellersdorf öffentlich thematisieren. Die erste Ausgabe wurde ausgelöst und überschattet vom krassen Anstieg von Angriffen auf Geflüchtete und Asylunterkünfte im Bezirk im Jahr 2015 - im Jahr darauf folgte der Einzug der AfD als zweitstärkste Partei in die BVV. Und 2017? Die Entwicklung hat sich mit dem Einzug der AfD in den Bundestag auf parlamentarischer Ebene fortgesetzt und sich mit der Durchsetzung des rechtsnationalen, völkischen Flügels innerhalb der Partei sogar noch verschärft. Die Partei hat sich durch die Besetzung ihrer Führungsriege, der offenen Nähe zu Nazistrukturen und ihren Umgang mit Björn Höcke als extrem rechte Partei positioniert. Auch jenseits der Parlamente sind Verschiebungen hin zu einer Normalisierung von rechte Parolen, bestehend aus NS-Begriffen, völkisch-rassistischen Forderungen und -Feindbildern, zu konstatieren. So scheint es, als gäbe es zwar einen Rückgang dokumentierter rechter Gewalt - lokal und bundesweit -, doch dieser ist davon begleitet, dass extrem rechte Positionen erhebliche Landgewinne verzeichnen konnten. Unter dem Schlagwort ‚Normalisierung‘ verstehen wir genau das: die Verschiebungen des Sagbaren und scheinbar Selbstverständlichen im Diskurs, ob es nun um Abschiebepolitik oder die Besprechung von sexualisierter Gewalt geht. Auch an der ASH wurde viel über den Umgang von Wissenschaft und Hochschulen mit rechten Anwürfen debattiert und gestritten. Im losgetretenen Shitstorm um das Gomer-Gedicht an der Südfassade waren Allianzen und Überschneidungen antifeministisch-rassistischer, bürgerlicher und rechter Positionen in all ihrer Gewalttätigkeit

besonders prägnant.

Es gilt, klare Kante zu zeigen, unseren Standpunkt immer wieder zu begründen und zu verteidigen: keine Toleranz gegenüber Rechtspopulist_innen und der AfD, keinen Dialog mit Nazis, keine Blumen und kein Verständnis für deutschnationales Gejammer und für diesen ganzen „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen ...“-Scheiß. Wir haben wirklich besseres zu tun. Unsere Unterstützung und Solidarität gilt den Opfern und Betroffenen von Diskriminierung, Rassismus und rechter Gewalt.

Das folgende Heft enthält die Jahresauswertung der Registerstelle für 2017, einen Artikel über linke Strategien gegen die AfD und ein Portrait des neurechten Instituts für Staatspolitik. Desweiteren stellen die Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte von Marzahn-Hellersdorf sowie Sozialarbeiter_innen der queer-feministischen Mädchen*arbeit ihre Arbeit dar und wir dokumentieren die Podiumsdiskussion zu dem Mord an Tu Van Nguyen und den rassistischen Verhältnissen in den 90er Jahren. Ein Interview behandelt Klassismus sowohl aus der Perspektive der Hochschule und Lehre, als auch im Bezug auf die AfD als vermeintliche Partei „des kleinen Mannes“.

Allen Autor_innen, Interviewpartner_innen und Unterstützer_innen danken wir sehr. Ohne Euch wäre das alles gar nicht machbar.

Mit solidarischen und antifaschistischen Grüßen!

AK Rechte Gewalt, AStA und Antirassistische Registerstelle der ASH Berlin



Ganz schön Divers?!

**Feministische
Mädchen*arbeit
in Hellersdorf**

Läuft man in Hellersdorf die Tangermünder Straße stadtauswärts dann kommt man, kurz vor dem Ortsschild ‚Eiche‘, an einem knallroten Flachbau vorbei. In den Fenstern hängen Plakate mit Aufschriften wie „Mein Körper, meine Verantwortung“, „Refugees Welcome“ und „Schöner Leben ohne Nazis“. Manchmal steht in einiger Entfernung ein Grüppchen Jugendliche, die rauchen und lachen. Hier befindet sich der Hella-Klub für Mädchen* und junge Frauen* im Alter von 10 bis 21 Jahren.

Der Hella-Klub, kurz ‚die Hella‘ genannt, ist ein Ort für alle, die sich als Mädchen* oder Frauen* verstehen, es nicht mehr sein wollen oder es gerne sein möchten. Dass es hier nicht um Biologie geht sondern um Selbstbezeichnungen, macht das Sternchen bei Mädchen* deutlich. Hier können Mädchen* kochen, kickern, gärtnern und Hip-Hop tanzen. Außerdem können sie Theater spielen und sich in Selbstbehauptung üben. Auch bei ernsteren Themen bietet die Hella eine Anlaufstelle: Mädchen* können sich hier zu Sexualität, körperlichen Veränderungen, sexueller Identität und Orientierung beraten lassen und austauschen - in Ruhe, alleine oder mit erfahrenen Mitarbeiterinnen. Im Hella Klub sollen sich alle sicher und willkommen fühlen und dabei noch jede Menge Spaß haben. Daneben stehen im Hella-Klub auch die Themen Rassismus und rechte Gewalt im Mittelpunkt.

Rassistischer Angriff in Marzahn:

Ein 33-jähriger Geflüchteter wird gegen 21.20 Uhr in der Otto-Rosenberg-Straße vor einer Geflüchtetenunterkunft von einem 27-jährigen Mann, der bereits Hausverbot in der Unterkunft hat, rassistisch beleidigt und geschlagen.

Die Hella wird derzeit von einem vierköpfigen Team geleitet. Ich selbst arbeite seit Herbst 2016 in der Hella. Unser Ansatz mit Mädchen* zu Empowerment und Diskriminierung zu arbeiten wird als queer-feministische Mädchen*arbeit bezeichnet. Diese muss immer im Kontext vom jeweiligen Umfeld verstanden werden. So sind wir in unserer Einrichtung auf unterschiedlichen Ebenen mit rechten Strukturen konfrontiert.

In den Hella-Klub kommen weiße Mädchen*, Mädchen* of Color und Schwarze Mädchen*. Es kommen Mädchen* aus linken oder kommunistischen Familien oder aus rechten und extrem rechten Familien. Ein Teil unseres Ansatzes ist es, dass erst mal alle Mädchen* willkommen sind. Dabei tragen wir stets die Verantwortung, dass es nicht zu Verletzungen und Ausschlüssen zwischen den Mädchen* kommt.

Auch vor dem Wahlerfolg der AfD im Bezirk Marzahn-Hellersdorf war klar, dass bei vielen Mädchen* zu Hause rechte Ideologien und Weltbilder die Norm sind. Der Organisationsgrad ist unserer Einschätzung nach in den meisten Elternhäusern jedoch eher gering. Wir als Einrichtung spüren das Erstarken der AfD jedoch weniger im direkten Umgang mit den Mädchen* -vielmehr sehen wir unsere Arbeit dadurch gefährdet, dass rechte Ideologie und rechte Praxen mehr institutionelle Macht erlangen, quasi ‚demokratisiert‘ werden. Dies erleben wir besonders in unserer politischen Gremienarbeit.

Wir setzen uns im Bezirk aktiv für feministische und anti-rassistische Politik ein und sind zum Beispiel in der AG ‚Geschlechterreflektierte Kinder- und Jugendarbeit‘ vertreten, ein Gremium in dem sich Sozialarbeiter*innen und Jugendamtskoordinator*innen treffen und monatlich zu verschiedenen Themen rund um die Themen Geschlecht und Pädagogik arbeiten. Die AG organisiert auch Events, wie beispielsweise den Weltmädchen*tag im Bezirk und kann gleichzeitig beratend tätig werden. Anfang des Jahres 2017 stellte die AfD Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) eine Anfrage direkt an diese AG. Es sollte festgestellt werden, was denn für Jungen im Bezirk getan werde. Die AG wurde als ‚überkommener Frauenausschuss‘ bezeichnet.

Wir wurden eingeladen zu dem Thema zu sprechen. Auf der Sitzung selbst wurden die beiden anwesenden AfD-Verordneten an die Wand geredet und bloß gestellt. Ich bin mir sicher, viele unser Mädchen* hätten das genauso gut gekonnt wie wir und den *alten weißen Männern* erklärt, warum geschlechterreflektierte Arbeit wichtig ist.

Das Problem an diesem Vorfall war jedoch, dass es den AfD-Verordneten mit dieser Strategie gelungen ist, unsere Ressourcen zu strapazieren und uns von unserer eigentlichen Arbeit abzulenken. Diese Anfrage war bisher unser einziger direkter Kontakt mit der AfD im Bezirk. Wir befürchten als Einrichtung aber weitere Diskreditierungsversuche.

Das Erstarken rechter Diskurse und Handlungen spüren wir hier im Bezirk aber auch im Alltag: Rechte fühlen sich bestätigt und handeln noch offener rassistisch. Anfeindungen sind auch visuell präsent. Die Mädchen*, die zu uns kommen reagieren ganz unterschiedlich darauf. Einmal kam ein Mädchen* ganz aufgeregt und erzählte, sie habe sich mit Nazis geprügelt, obwohl ihre Mutter und ihr Bruder offensichtlich zum rechten Hooligan-Milieu gehören. Ein anderes Mal zeigte uns ein Mädchen* stolz die abgekratzten Reste von Nazi-Stickern, die im Bezirk spürbar mehr geklebt werden. Die Mädchen* schimpfen aber oft auch auf die AfD, weil diese in den Worten der Mädchen* „gegen Lesben und Transleute sind“. Mitte September wollten einige wissen, ob das Herunterreißen von Wahlplakaten illegal sei, da vor unserer Einrichtung ein „Todesstrafe für Kinderschänder“-Plakat der NPD hing.

Aber es gibt auch andere Geschichten:

So erzählte eine Besucherin*, ihre Mutter wähle die AfD, weil diese „die Deutschen nicht so verarsche wie alle anderen“ und dass sie das gut finde. Ein anderes Mädchen* erzählte vom Foto im Wohnzimmer, auf dem ihr Vater und sein Kumpel den Hitlergruß zeigen. In solchen Momenten versuchen wir zu intervenieren und in Kontakt zu bleiben. Im schlimmsten Fall würden wir einen Ausschluss in Betracht ziehen, um die anderen Mädchen* zu schützen.

» Wir versuchen gemeinsam mit den Mädchen* zu erfassen, dass sich patriarchale Strukturen und rechtes Gedankengut gegenseitig bedingen, sprich sexistische Denkmuster und Handlungen ein Bestandteil rechter Ideologie sind.«

Ich hoffe, es wird deutlich wie komplex und widersprüchlich Aussagen und Handlungen manchmal sind und dass wir täglich auf unterschiedliche Art mit Rechtsextremismus – sei es mit oder ohne AfD – konfrontiert sind.

Unser Ziel ist es über die Zusammenhänge zu sprechen. Wir versuchen gemeinsam mit den Mädchen* zu erfassen, dass sich patriarchale Strukturen und rechtes Gedankengut gegenseitig bedingen, sprich sexistische Denkmuster und Handlungen ein Bestandteil rechter Ideologie sind. Gleichzeitig wird das Thema sexualisierte Gewalt von Rechten instrumentalisiert um gegen als ‚fremd‘ und ‚ausländisch‘ konstruierte Menschen zu hetzen. Mädchen* und Frauen* bleiben in dieser Logik jedoch passiv. Es liegt nahe, dass viele Mädchen*, um sexualisierte Gewalt zu verarbeiten, auf rassistische Erklärungsmuster zurückgreifen, wie sie von AfD bis NPD verwendet werden. Was sich vielleicht zunächst wie eine Ermächtigung für die Mädchen* anfühlt, ist bei genauerem Hinsehen eine erneute Unterordnung unter den *weißen deutschen Mann*, der die Mädchen* nun beschützen wird. Empowerment für Mädchen* und junge Frauen* ist kein Ziel rechter Ideologie.

Uns ist daran gelegen Handlungsspielräume aufzuzeigen, die für die Mädchen*, die zu uns kommen realistisch – das heißt nah an ihrer Lebenswelt – sind. Diese sollen jedoch nicht auf der Diskriminierung anderer aufbauen, sondern die Intersektionalität von Machtverhältnissen miteinbeziehen. Wir versuchen Gegenerzählungen über Zusammenhänge anzubieten und gemeinsam mit den Mädchen* zu überlegen, in was für einer Gesellschaft wir leben wollen.

Das klappt meistens ganz gut. So haben wir zum Beispiel für eine Kundgebung am 2. September 2017 auf dem Alice-Salomon-Platz gegen Nazis im Bezirk mit vier Mädchen* zusammen ein Statement verfasst. Gemeinsam haben wir uns überlegt, was wir den Nazis entgegensetzen wollen. Wir haben darüber gesprochen, wo uns Nazis und Rechte in unserem Alltag einschränken, was uns daran nervt – eine Aktion, die viel Spaß gemacht und uns alle empowert hat.

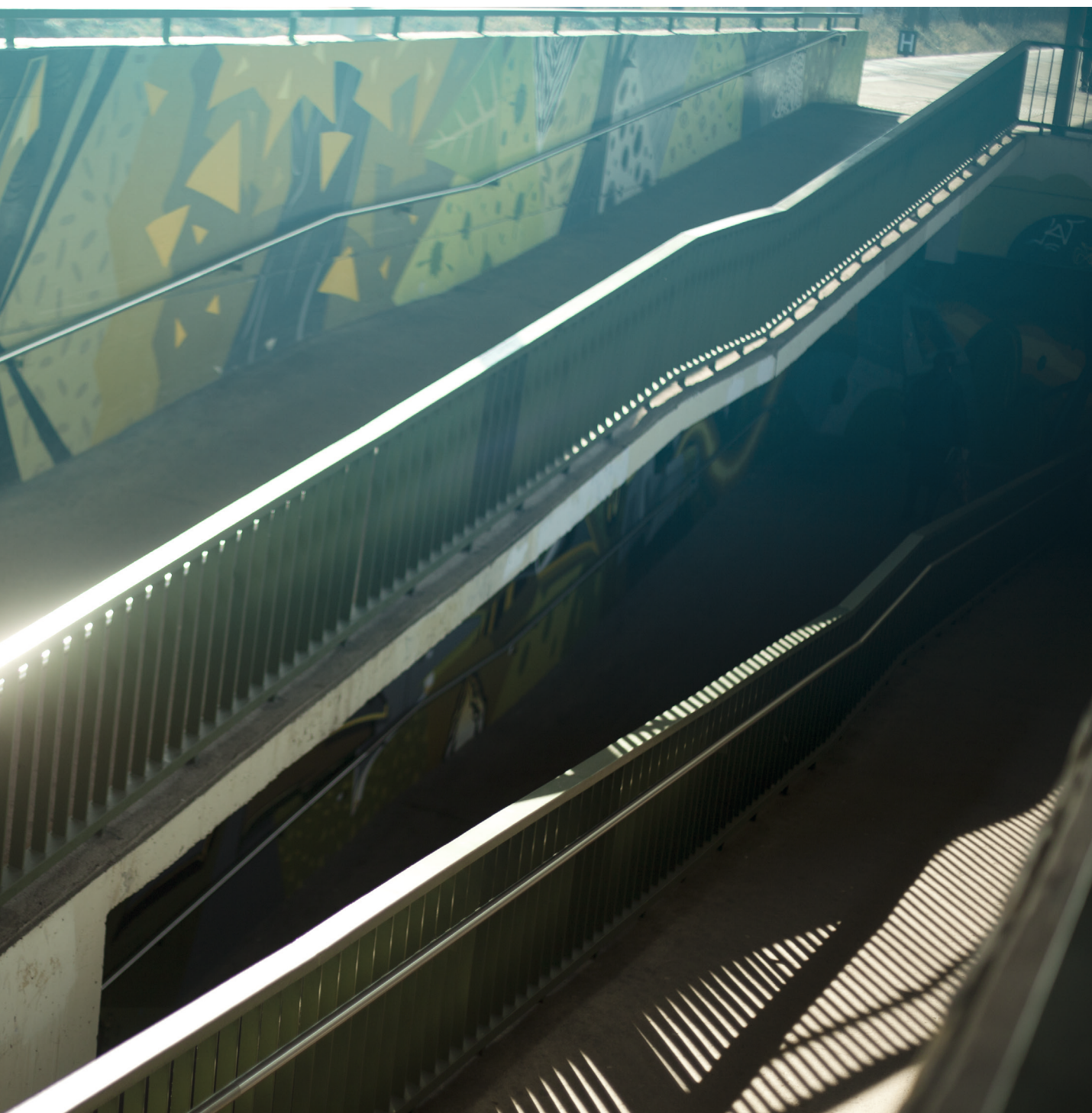
Wir wünschen uns, dass unsere anspruchsvolle Aufgabe, gleichzeitig feministisch und antirassistisch zu arbeiten und viele von mehreren Diskriminierungsformen betroffenen Mädchen* bei uns zu haben, im Bezirk wahrgenommen wird. Wir hoffen auf Solidarität von Institutionen und Einzelnen. In der Zwischenzeit kämpfen wir jeden Tag gemeinsam gegen rechte Weltbilder und rechte Taten im Bezirk mit viel Engagement, viel Ernsthaftigkeit, viel Energie und Spaß!

Alina Bongk



**Rassistischer, gegen Rom_nja und Sinti_ze
motivierter Angriff in Hellersdorf**

In Hellersdorf wird eine Person aus rassistischer
Motivation gegen Rom_nja und Sinti_ze heraus
angegriffen.



Jahresrückblick 2017

Im Jahr 2017 wurden in Marzahn-Hellersdorf 185 rechtsextreme und diskriminierende Vorfälle dokumentiert. Im Vorjahr 2016 lag die Zahl mit 355 dokumentierten Vorfällen deutlich höher, es gab also im vergangenen Jahr einen Rückgang von 48 %. Im Folgenden wird ein Überblick über die dokumentierten Vorfälle gegeben und näher auf Motivation, Orte und Arten der Vorfälle eingegangen.

Motiv der Vorfälle

Die Kategorien der Motive werden in verschiedene Formen von Diskriminierung unterteilt um ein differenziertes Bild von täglichen Übergriffen abbilden zu können. Dabei muss zuvor erwähnt werden, dass sich nicht alle Vorfälle trennscharf einer bestimmte Kategorie zuordnen lassen. Mit der anstehenden Bundestagswahl im September 2017 war ein großer Anteil der dokumentierten Vorfälle (57) der Motiv-Kategorie „Rechte Selbstdarstellung“ zuzuordnen. Die Kategorie umfasst z.B. Infostände von Gruppen und Parteien, die der Eigenwerbung dienen.

Die rassistische Motivation der dokumentierten Vorfälle (51) bildet auch im Jahr 2017 einen deutlichen Schwerpunkt. Die Betroffenen sind meist Menschen mit Fluchterfahrung, Migrant*innen und Andere, die für solche gehalten werden. Die Gewalt geht nicht alleine von Täter*innen aus den extrem rechten Strukturen im Kiez aus, auch Bürger*innen ohne organisierte ideologische Festigung verüben täglich rassistisch motivierte Angriffe.

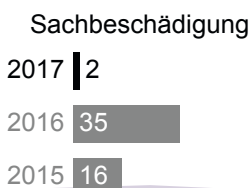
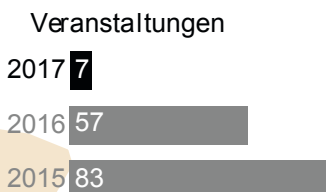
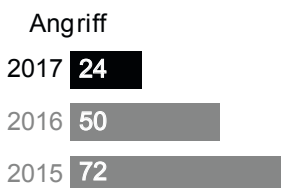
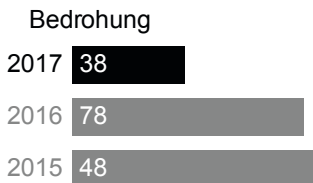
Nicht zuletzt sind auch solidarische und antirassistische Akteur*innen als „politische Gegner*innen“ Ziel von Gewalt und Bedrohungen. Die dokumentierten Vorfälle (27) richteten sich besonders gegen Einzelpersonen sowie engagierte Einrichtungen, wie beispielsweise die Spielplatzinitiative Marzahn oder den AstA der Alice Salomon Hochschule.

Verharmlosung bzw. Verherrlichung des Nationalsozialismus – wie etwa das Tragen verfassungsfeindlicher Symbole, das Zeigen des sogenannten Hitlergrüßes, Schmierereien von Hakenkreuzen oder anderen NS-Symboliken – ist in 26 Vorfällen dokumentiert.

Anti-muslimisch rassistisch motivierte Vorfälle (8) werden als zusätzliche Kategorie aufgeführt, um die Diskriminierung von Muslim*innen und Personen, die dafür gehalten werden, gesondert abbilden zu können. Antisemitismus wurde mit drei Vorfällen dokumentiert, sowie zwei LGBTIQ* feindliche Vorfälle. Ein rassistischer Angriff gegen Rom*ja und Sinti*zze wurde ebenfalls dokumentiert. Zwei Vorfälle konnten nicht eindeutig einer Kategorie zugeordnet werden.

Art der Vorfälle

Legende der Symbole auf S.12



Orte

Im Jahr 2017 wurde der Großteil der 185 Vorfälle mit 57 Vorfällen im Ortsteil *Hellersdorf-Nord* dokumentiert. Die Vorfälle wurden in ihrer Art wie folgt aufgenommen: Propaganda wurde mit 37 Vorfällen am häufigsten registriert sowie Pöbeleien, Bedrohung und Beleidigung mit 11 Vorfällen. Zudem gab es zwei rassistisch motivierte Angriffe auf geflüchtete Personen. Die wiederkehrende inhaltliche Zuordnung der Vorfälle sind rechte Selbstdarstellung, Rassismus, das Feindbild der politischen Gegner*innen und Verherrlichung des NS.

Im Vergleich zu den Vorjahren kann eine Verschiebung der meisten Vorfälle von Marzahn-Mitte nach Hellersdorf-Nord festgestellt werden.

Im Ortsteil *Marzahn-Mitte* wurden 40 Vorfälle dokumentiert. Die Vorfälle wurden in ihrer Art wie folgt aufgenommen: 19 Propagandadelikte, 8 Vorfälle von Pöbeleien, Bedrohung und Beleidigung sowie 9 Angriffe. Das stärkste Motiv in Marzahn-Mitte ist Rassismus. Auch rechte Selbstdarstellung und das Feindbild der politischen Gegner*innen waren Inhalte der dokumentierten Vorfälle.

In den Ortsteilen Hellersdorf-Ost wurden 17, Hellersdorf-Süd 4, Kaulsdorf 5, Mahlsdorf 1, Marzahn-Nord 17, Marzahn-Süd 14, Biesdorf 11 Vorfälle dokumentiert.

Die lokale Verschiebung der gemeldeten Vorfälle von Marzahn-Mitte nach Hellersdorf-Nord könnte, neben etablierten Meldestrukturen in Hellersdorf-Nord, auch an der Schließung der Sammelunterkunft am Brodowiner Ring in Marzahn liegen. Die zentralen Massenunterkünfte für geflüchtete Menschen haben sich in der Vergangenheit immer wieder als prädestinierte Ziele für rassistische Täter*innen entpuppt/gezeigt. Diese Menschen bieten eine einfache Zielscheibe und die Unterkünfte stechen durch ihre räumliche Trennung von umgebenen Wohngebieten hervor während die Bewohner*innen oft sehr isoliert leben. So haben in Marzahn-Hellersdorf Neonazigruppen und rassistische Einzeltäter*innen immer wieder gewalttätige Attacken und propagandistische Kampagnen gegen einzelne Unterkünfte vorangetrieben mit dem Ziel die Schließung der Unterkunft bzw. Vertreibung der Bewohner*innen durchzusetzen.



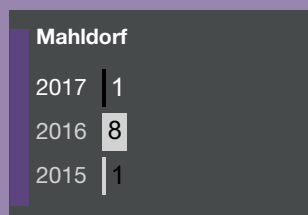
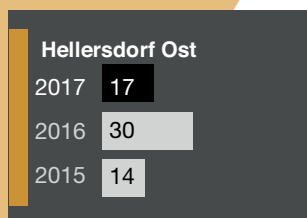
Zusammenfassung

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der gemeldeten rechtsextremen und diskriminierenden Vorfälle im Jahr 2017 auf 185 Vorfälle nahezu halbiert. Hierbei fällt insbesondere ein drastischer Rückgang der Veranstaltungen im Bezirk auf. Es gab im September 2017 den Versuch der „Autonomen Nationalisten Berlin“ (ANB) - dem Berliner Ableger des bundesweiten Neonazi-Netzwerks „Antikapitalistisches Kollektiv“ (AKK) - einen Aufmarsch unter dem Motto „Deutsche Kieze schaffen“ zu veranstalten. Der Aufmarsch wurde kurzfristig abgesagt und die ANB gaben stattdessen ihre Auflösung bekannt. Die Gruppe um die ehemaligen NPD-Kandidaten Kai S. und Lukas L. zählte zu ihren Hochzeiten ca. 10 Personen. Während sie virtuell in Social Media eine hohe Präsenz aufbauten konnte die ANB jedoch auf der Straße keine Relevanz herstellen. Auch die in den vorangegangenen Jahren aktive sogenannte „Bürgerwehr Marzahn-Hellersdorf“ wurde nur durch einzelne pöbelnde Mitglieder bei antirassistischen Veranstaltungen sichtbar. Insgesamt hat sich die Mobilisierung für Aufmärsche weg von lokalen Orten hin zu Großaufmärschen an zentraleren Punkten verlagert.¹ Lokal bekannte Neonazis, wie Rene U., Kopf der „Bürgerwehr Marzahn-Hellersdorf“ und ehemaliger Anmelder

der rassistischen Montagsaufmärsche in Marzahn, war sowohl beim „Rudolf-Heß-Marsch“ als auch bei den regelmäßig stattfinden „Merkel muss weg“-Demonstrationen zu sehen. Die „Merkel muss weg“-Märsche, die seit Januar 2018 „Wir für Deutschland – Alle gegen die GroKo“ heißen, waren einst ein Sammelsurium für Rassist*innen, Antisemit*innen, Antifeminist*innen mit bürgerlichem Anstrich und Neonazis. Die Zahlen der Teilnehmenden fielen stetig und auf der letzten Demo liefen fast ausschließlich nur noch ideologische Gruppen gefestigter Kameradschaftsstrukturen (z.B. Sektion Nordland), Mitglieder der NPD, Fans von Putin und einige Mitglieder des „Antikapitalistischen Kollektivs“ (AKK) aus Mecklenburg-Vorpommern mit. Die Aufmärsche werden von E. Stubbe organisiert. Stubbe ist seit 2015 in Marzahn regelmäßig an rassistischen Aufmärschen beteiligt und organisierte dort die Märsche unter dem Motto: „Wir für Berlin – Wir für Deutschland“. Er ist ehemaliger Vorsitzender der rechten Splittergruppe „Pro Deutschland“, die sich 2017 aufgelöst hat.

Dies zeigt, dass die neonazistischen Strukturen im Bezirk weiter bestehen, ihre Aktivitäten vor Ort jedoch reduziert haben aber weiter aktiv sind. Der Rückgang der Vorfälle ist zu begrüßen, die rechte Gefahr im Bezirk besteht jedoch weiter.

» Es muss vielmehr davon ausgegangen werden, dass sich neue neonazistische Strukturen gebildet haben welche sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht in der Öffentlichkeit mit Aufmärschen zeigen. «



Die geringere Sichtbarkeit der extrem rechten Szene in Marzahn-Hellersdorf lässt sich möglicherweise auch auf den Wegzug von bekannten Personen aus der Szene zurückführen. So wohnen Lukas L. als auch Patrick K. nicht mehr im Kiez. Patrick K., aus dem nahen Umfeld von Rene U. und Mitglied der „Bürgerwehr Marzahn-Hell-

¹ Quelle: apabitz <https://www.apabitz.de/2018/dossier-auf-ausgetretenen-pfaden/> (21.02.2018)

ersdorf“, wurde im Sommer 2017 wegen Bedrohung einer Gruppe von solidarischen und antirassistischen Aktivist*innen vor einer Unterkunft von Geflüchteten im Jahr 2015 zu einer hohen Geldstrafe verurteilt. (K. ging im Januar 2018 in Berufung, das Verfahren musste neu aufgerollt werden und wird jetzt neu verhandelt.)

Der Wegzug von einzelnen Personen aus der Szene bedeutet jedoch keinesfalls einen Rückgang neonazistischer Aktivitäten. Es muss vielmehr davon ausgegangen werden, dass sich neue neonazistische Strukturen gebildet haben welche sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht in der Öffentlichkeit mit Aufmärschen zeigen. Ihre Aktivitäten zeigen sich jedoch deutlich in Propaganda die sich an vielen Orten im Straßenbild abzeichnet. Hier ist ein positiver Bezug auf den Nationalsozialismus auch im vergangenen Jahr mehr als deutlich gewesen. So gab es in der ersten Hälfte des Jahres im gesamten Bezirk Stromkästen und Glastonnen die Wochen über Wochen hinweg mit der „Reichskriegsflagge“ bemalt wurden. Zur Mobilisierung für den „Rudolf-Heß-Marsch“ im August stieg die Zahl der Plakate und Flyer mit positivem NS-Bezug merklich. Die Einbindung der lokalen Neonazis in den „Rudolf-Heß-Marsch“ machte noch einmal deutlich, dass die Neonazis aus Marzahn-Hellersdorf in der Berliner Neonaziszene eine prominente Rolle einnehmen. Neonazis aus Hellersdorf waren vorwiegend im vorderen Block zu finden. Mit dabei waren unter anderem die NPDler Andreas K., Lars N., Marcel R. und der ehemalige NPD-Kandidat Sebastian „Fylgien“ D.. Darüber hinaus beteiligte sich die Hellersdorfer Patrick K., Kai S., Daniela F., Franziska G. und Josef I. am Aufmarsch²

Aber auch einige Monate nach dem Marsch werden neue Sticker im Bezirk geklebt, die u.a. mit dem Schriftzug „NS-Area“ versehen sind. Es wurde etwa der von Hakenkreuzen gerahmte Schriftzug „Hellersdorf“ gesprüht und Runen auf antifaschistische Gedenkorte geschmiert - um nur einige Beispiele zu nennen.

Dass sich die Zahlen im Vergleich zum Vorjahr so deutlich gesenkt haben, liegt unserer Einschätzung nach weniger daran, dass sich weniger Vorfälle ereignet haben.

Die hier beschriebenen Register sind auf eine aktive Zivilgesellschaft angewiesen, in der Bürger*innen nicht wegschauen sowohl bei Angriffen als auch bei Propagandadelikten, Pöbeleien oder Hetze und darauf, dass sie in sozialen Medien aktiv werden und die Vorfälle auch melden. Die Daten bieten daher zunächst nur einen Einblick in das, wo genauer hingeschaut wird und nachhaltige Meldestrukturen bestehen. Die enorme Dunkelziffer der undokumentierten Vorfälle lässt sich nur erraten weshalb keine Entwarnung gegeben werden kann

Folgende Arten von Vorfällen werden im Register dokumentiert:



Propaganda

Aufkleber, Plakate, Transparente, Sprühereien, Flugblätter, Hitlergruß wenn er nicht gezieht gegen Personen gerichtet ist, Bekleidung, Schmuck, Tattoos mit rechtsextremen Inhalten



Angiffe

Körperverletzung und versuchte Körperverletzung, massive Bedrohungen, Angriffe auf Wohnhäuser, in denen sich Menschen befinden – gleiche Zuordnung wie in der ReachOut Chronik



Veranstaltungen

Demonstrationen, Konzerte, Informationsstände, interne und öffentliche Veranstaltungen bei denen sich rassistisch, antisemitisch oder rechtsextrem geäußert wird.



Sachbeschädigung

z.B. Beschädigungen an Gedenktafeln und zerstörte Fensterscheiben



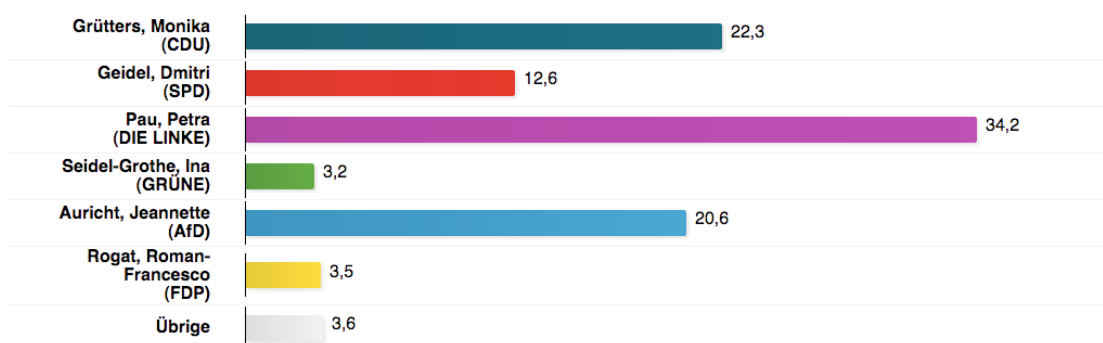
BVV

Wortmeldungen und Anträge der NPD in der BVV – auch bei lokalpolitischen Themen mit anschließendem Internetbericht und nur in den Bezirken, in denen die NPD in der BVV vertreten ist.

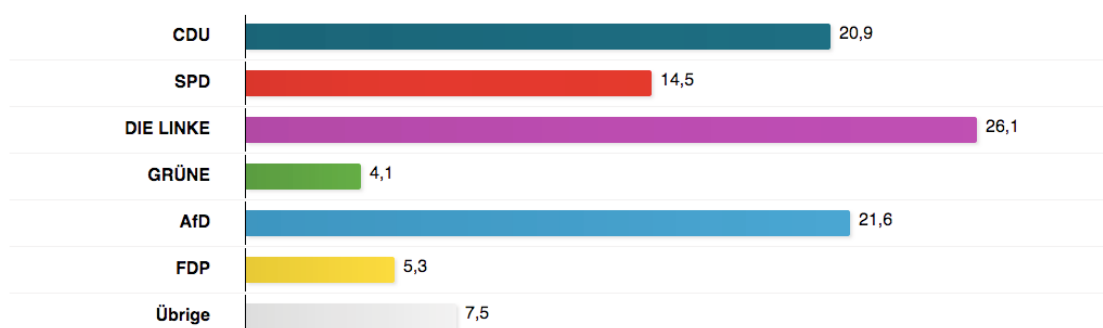
Wahlen in Marzahn-Hellersdorf

Es ist davon auszugehen, dass der große Wahlerfolg der AfD bei der BVV-Wahl 2016 und der Bundestagswahl 2017 auf die Entwicklungen der letzten Jahre mit der erfolgreichen Durchsetzung einer rassistischen und gewaltbereiten Stimmung im Bezirk zurückzuführen ist. Daran kann das Wahlprogramm der AfD nahtlos anschließen und hat die ideale Grundlage für die parteipolitische Mobilisierung. Das Hetzen gegen Zuwanderung, Muslime und geflüchtete Menschen und die ständige Prophezeiung des dadurch angeblich drohenden sozialen Abstiegs werden vermutlich viele Personen dazu gebracht haben, ihr Kreuz bei der AfD zu machen. So schaffte es die AfD bei der Bundestagswahl 2017 20,6 % der Erststimmen und 21,6% der Zweitstimmen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf für sich zu verbuchen³. Andere extrem rechte Parteien, die in der Vergangenheit aktiver waren, wurden teilweise nicht zur Wahl zugelassen. Auch die Neonazis der NPD (BTW 2017: - 3,7 % im Vergleich zu BTW 2013) konnten keine nennenswerte Zahl an Wählerstimmen für sich gewinnen, was den Schluss zulässt dass es hier zu einer Wählerwanderung zur AfD gekommen ist.

Erststimmenanteil ausgewählter Parteien in Prozent



Zweitstimmenanteil ausgewählter Parteien in Prozent



Die AfD versucht strategisch, etablierte Parteien durch Anträge in der BVV in ihrer täglichen Arbeit zu beschäftigen und zu behindern. Des Weiteren hat es sich die Partei seit ihrem Einzug in den Bundestag und in die BVV es zur Aufgabe gemacht, rassistische Hetze und menschenverachtende Positionen auch in Anträgen in BVV-Anfragen zu streuen und somit diskriminierende Positionen zu normalisieren. So stellt am 18. Mai die AfD-Fraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf den Antrag „Integrationshemmnis für Flüchtlinge beseitigen“, indem sie Auskunft über „Gewaltverbrecher*innen und Angehörige der Taliban oder Salafisten“ fordert, um „die Bevölkerung“ umfassend über den Wohnort der betreffenden Personen zu informieren. Der Antrag wird abgelehnt und als „grundgesetzwidrig“ bezeichnet⁴. Eine ausführliche Beschäftigung mit der AfD-Strategie der Anträge erfolgt in dem Artikel „Immer diese Anträge“ in diesem Heft.

Die NPD wurde im Januar 2017 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsfeindlich eingestuft, jedoch mit der Begründung der fehlenden Relevanz nicht verboten. Die NPD versuchte seit Jahresbeginn an mit rassistischen Kundgebungen und Infoständen die Stimmung im Bezirk weiter anzukurbeln und Stimmen für die Bundestagswahl zu sammeln. Zu den Kundgebungen kamen im Schnitt ca. 20 Personen und bei der Bundeswahl scheiterte die NPD an der 0,5 Hürde, bzw. an 1,0 Hürde bei Landtagswahlen, um Wahlkostenerstattung und weiterhin öffentliche Gelder zu bekommen. Somit verschwindet die NPD auf politischer Ebene in der Bedeutungslosigkeit.

An dieser Stelle bedanken wir uns herzlich bei allen Unterstützer*innen für u.a. die Bereitstellung von Recherche-material, Meldung und Dokumentation von Vorfällen und solidarischen Support auf der Straße:

ReachOut, Berliner Register, SPI und Polis*, pad-präventive, altersübergreifende Dienste im sozialen Bereich, Bündnis für Demokratie und Toleranz, Spielplatzinitiative Marzahn, Hella Mädchen* Club, apabiz, Berliner Antifa, Antifaschistisches Kollektiv M-H.

2_ Quelle: <https://www.antifa-berlin.info/recherche/1408-berliner-neonazis-auf-dem-he-aufmarsch-in-spandau-am-19-august-2017> (21.02.2018)

3_ Quelle: https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/BU2017/afspraes/uebersicht_wahlkreis-85-berlin-marzahn-hellersdorf_gesamt.html (21.02.2018)

4_ Quelle: Lichtenberg Marzahn/ Pfd, Register Eintrag vom 18.05.2017 <http://www.berliner-register.de/vorfall/marzahn-hellersdorf/menschenfeindlicher-antrag-der-bvv/7967> (21.02.2018)



Immer diese Anfragen

**Zu rechtspopulistischen
Anwürfen gegen antirassistische
und feministische Akteur_innen
im Bezirk Marzahn-Hellersdorf**

Zwei Geflüchtete beleidigt und bedroht

In der Nähe der Gemeinschaftsunterkunft Wittenberger Straße werden zwei Geflüchtete Männer von einem Passanten beleidigt und mit eindeutigen Gesten bedroht. Die beiden Männer suchen daraufhin in der Unterkunft Schutz.

Im vergangenen Jahr 2017 fanden unterschiedliche Anwürfe von AfD-Politiker_innen auf Bezirks- und Landesebene gegen die ASH oder Mitglieder der ASH, aber auch lokale Träger und antirassistisch-feministisch positionierte Stellen statt. Verfolgt man das Verhalten von AfD-Politiker_innen im Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen (BVVen), fallen insbesondere abstruse Anfragen und Statements auf, die durch ihre Unverhältnismäßigkeit auf sich aufmerksam machen. Was oft als lächerlich abgetan wird sollte allerdings ernst genommen werden. Denn es ist Teil der Strategie der AfD Diskurse zu bestimmen, indem immer wieder Schlagworte ins Gespräch gebracht werden bis sich diese als Normalität verfestigen (vgl. Weissenburger 2016). Exemplarisch werden hier einige Anwürfe gegen die ASH und den AStA der ASH genannt.

Besonders großes Aufsehen erregte die Debatte um die Gestaltung der Südfassade der Alice Salomon Hochschule im Spätsommer 2017, in der die AfD mitmischte und die Debatte zu ihrem Politikum machte. Hier entpuppten sich die wahren „Kunstexpert_innen“ und selbsternannten Vertreter_innen der spanischen Community, wie der AfD-Verordnete Werner Wiemann bei einer Podiumsdiskussion an der ASH in einem Publikumsbeitrag mitteilte. Unter anderem nutzte der wissenschaftspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Martin Trefzer, die Gelegenheit, sich vor der Südfassade der Hochschule filmen zu lassen und gegen die studentische Selbstverwaltung der ASH zu hetzen. So beschreibt er die Beweggründe des AStAs als ein „typisch deutsches Phänomen“ bei dem es um „Reinheit“ ginge und dass versucht würde die Kunst zu reglementieren. Dies kann klar als NS-Relativierung verstanden werden.¹ Die Rechten sehen die Freiheit einer „deutsch-europäischen Kunsttradition“ bedroht, ganz dem Tenor ihres Kulturkampfes von rechts entsprechend. Auch scheute die AfD keine Mühen in der BVV einen Antrag auf den Erhalt des Gedichtes zu stellen: „damit eine wichtige Präsenz des weiblichen Teils der Bevölkerung im öffentlichen Raum nicht geschmälert wird“². Es ist selbst-entlarvend, wie sich hier die Politiker_innen der AfD plötzlich als Vertreter_innen von Frauen*rechten inszenieren. Etwas widersprüchlich wirkt das Ganze, schaut man sich die weiteren Anfragen der AfD in der Marzahn-Hellersdorfer

BVV an. Ihr Steckpferd ist da insbesondere der Kampf gegen Gender-Mainstreaming³, Gleichstellungspolitik⁴, Arbeit gegen Rechtsextremismus⁵ und politische Jugendarbeit⁶. Selbstverständlich darf der Kampf gegen Terrorismus im Bezirk nicht fehlen. Zu diesem zählen demnach der „Linksterrorismus“ und der „islamistische Terrorismus“. Rechter Terrorismus, der tatsächlich eine Realität im Bezirk darstellt, scheint sie weniger zu interessieren. So lud der AfD Bezirksverband noch im Dezember 2017 ein Bild der Bürotür des Studierendenparlaments der ASH auf Facebook hoch und beschwerte sich über „(...) diese Tür mit allen Insignien des Linksterrorismus und der antidemokratischen Un-Bildung“ und behauptete weiter, dass die Hochschule eine „Brutstätte des Linksterrorismus“ sei.⁷

Wie auch Andreas Kemper in seiner Expertise „Zur Vereinbarkeit des hochschulpolitischen Leitbildes der Alice Salomon Hochschule Berlin mit der Programmatik der AfD aus demokratietheoretischer Perspektive“ herausarbeitete, lässt sich ein klarer Widerspruch zwischen dem Leitbild der Alice Salomon Hochschule und der AfD erkennen. Dies sollte sich immer wieder bewusst gemacht werden, wenn versucht wird auf diese Partei mit ihren menschenfeindlichen Positionen einzugehen. Folglich ist es empfehlenswert, dass antirassistische und feministische Projekte sowie Träger ein jeweiliges Leitbild herausarbeiten in dem sie ihr Selbstverständnis klar formulieren, um eine Handhabe in der Arbeit gegen die AfD zu haben und sich zu positionieren. Denn blicken wir auf die parlamentarischen Entwicklungen in Österreich, sollten wir uns als antirassistische und feministische Akteur_innen und soziale Träger auf weiteres gefasst machen.

1_ Vgl. AfD Fraktion Abgeordnetenhaus Berlin (2017)

2_ BVV Marzahn-Hellersdorf Drucksache – 0481/VIII (09.11.2017) (Stand: 17.01.2018)

3_ Vgl. BVV Marzahn-Hellersdorf Drucksache – 0270/VIII (27.04.2017)

4_ Vgl. BVV Marzahn-Hellersdorf Drucksache 0114/VIII (26.01.2017)

5_ Vgl. BVV Marzahn-Hellersdorf Kleine Anfrage KA-213/VIII (27.10.2017)

6_ Vgl. BVV Marzahn-Hellersdorf Drucksache 0202/VIII (23.03.2017)

7_ Berliner Register (21.12.2017)

Quellen

AfD Fraktion Abgeordnetenhaus Berlin (2017): Trefzer (AfD) Nein zu Zensurversuchen an der Alice-Salomon-Hochschule. Youtube, 07.09.2017, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=xKHf1PdbFLs> (letzter Zugriff: 09.02.2018).

Berliner Register (21.12.2017): Verunglimpfung der Alice-Salomon-Hochschule. URL: <http://berliner-register.de/vorfall/marzahn-hellersdorf/verunglimpfung-der-alice-salomon-hochschule/9369> (letzter Zugriff: 08.02.2018).

BVV Marzahn-Hellersdorf Drucksache – 0114/VIII (26.01.2017): Zur Frauengewalt in der Partnerschaft im Bezirk Marzahn-Hellersdorf. URL: https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/bezirks-verordnetenversammlung/online/___tmptmp/45081036712611867/712611867/00087733/33.pdf (letzter Zugriff: 09.02.2018).

BVV Marzahn-Hellersdorf Drucksache – 0202/VIII (23.03.2017): Politische Neutralität der freien Träger der Kinder- und Jugendarbeit. URL: <https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/bezirks-verordnetenversammlung/online/tmp/tmp/45081036712611867/712611867/00087733/33.pdf> (letzter Zugriff: 09.02.2018).

BVV Marzahn-Hellersdorf Drucksache – 0270/VIII + (27.04.2017): Änderung der Geschäftsordnung der BVV – Gender Mainstreaming. URL: <https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/tmp/tmp/45081036712611867/712611867/00090060/60.pdf> (letzter Zugriff: 09.02.2017).

BVV Marzahn-Hellersdorf Drucksache – 0481/VIII (09.11.2017): Poem an der Fassade der Alice-Salomon-Hochschule erhalten. URL: http://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/bezirks-verordnetenversammlung/online/___tmp/tmp/45081036712611844/712611844/00093341/41.pdf (letzter Zugriff: 09.02.2018).

BVV Marzahn-Hellersdorf Kleine Anfrage – KA-213/VIII: Zu Ausgaben für Zuwendungen für die Koordinierung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und demokratie gefährdende Phänomene (Polis). URL: http://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/___tmp/tmp/45081036712611867/712611867/00094177/77.pdf (letzter Zugriff: 09.02.2018).

Weissenburger, P. (2016): Kommentar AfD-Anfragen. Mehr Hirn, weniger Häme! Taz online, 25.11.2016, URL: <http://www.taz.de/!5043854/> (letzter Zugriff: 04.02.2018).





Angriff mit Glasflasche auf Geflüchteten

Ein geflüchteter Mann befindet sich nachts auf dem Weg in die Unterkunft in der Maxie-Wander-Straße. Dabei trifft er auf drei Männer, welche versuchen ihn mit Aussagen wie „Geh wieder dorthin, wo du hergekommen bist“ und „Was machst du hier?“ zu provozieren. Im Verlauf zückt einer der Angreifer ein Messer und bedrängt den Geflüchteten. Während dieser durch das Messer abgelenkt ist, nähert sich ein anderer Angreifer und zerschlägt eine Glasflasche auf seinem Kopf, wodurch er Schnittverletzungen erleidet. Der geflüchtete Mann kann in die Unterkunft fliehen, welche einen Krankenwagen und die Polizei ruft.



Mann rassistisch beleidigt und geschlagen

Am Abend wird ein Mann mit türkischer Staatsbürgerschaft auf der Neue Grottkauer Straße Ecke Erich-Kästner-Straße von einer Gruppe aus drei bis vier Personen rassistisch beleidigt. Als dieser die Polizei verständigen will wird er mit einem Faustschlag ins Gesicht angegriffen. Durch den Schlag zu Boden gegangen, wird der Mann weiterhin mit Tritten attackiert. Anschließend entfernt sich die Gruppe unerkannt.

Das Institut für Staatspolitik (IfS)

»Think Tank« der Neuen Rechten

Einführung

Das Institut wurde im Mai 2000 von Götz Kubitschek, Karlheinz Weißmann und weiteren Personen der Neuen Rechten gegründet. Die Gründer gehören zum Umfeld der Wochenzeitung *Junge Freiheit* mit der das Institut bis 2014 eng zusammenarbeitete. Zusammen mit dem IfS gründete Kubitschek den Verlag *Edition Antaios*.

Sitz des Instituts und Verlages war Bad Vilbel (Hessen), seit 2003 befindet sich das IfS in Schnellroda (Sachsen-Anhalt). Im Dezember 2012 wurde eine Berliner Zweigstelle des Instituts eröffnet. 2003 erschien zum ersten Mal die institutseigene Zeitschrift *Sezession*. Es gab eine enge Verbindung zur Zeitschrift *Junge Freiheit*, wegen internen Streitigkeiten ab 2014 verabschiedete sich diese aber von der Zusammenarbeit. Auch Weißmann hat inzwischen das Institut wegen Differenzen mit Kubitschek erlassen.

Seit April 2014 leitet Weißmanns ehemaliger Mitarbeiter Erik Lehnert das Institut allein. Das Institut befindet sich auf dem Gelände des Ritterguts von Kubitschek.

Das IfS ist eine gemeinnützige Stiftung und wird über Spenden finanziert, es wäre interessant zu erfahren, wer die Spender_innen sind.

Ziele des IfS

In Deutschland gibt es eine Reihe von Instituten und Stiftungen die im direkten Umfeld von Parteien angesiedelt sind (zum Beispiel die Konrad Adenauer Stiftung oder die Friedrich Naumann Stiftung). Sie dienen, neben der Stabilisierung und dem Ausbau neuer Interessent_innengruppen, auch der akademischen Nachwuchsförderung. Ganz aktuell wird gerade in der AfD über die „Übernahme“ der Gustav Stresemann Stiftung diskutiert. Diese Stiftung

steht unter großem Einfluss der *Neuen Rechten*.

Eine weitere Aufgabe von Parteistiftungen ist die Politikberatung: Sie sehen sich als parteiunabhängig, verfolgen aber ebenfalls politische und gesellschaftliche Ziele (Hamburger Institut für Sozialforschung). Für die extreme Rechte war in der Vergangenheit die von Arnim Möller, Vordenker der *Neuen Rechten*, geleitete Carl-Friedrich von Siemens-Stiftung von Bedeutung und nun seit 2000 das Institut für Staatspolitik.

Ziel des IfS ist es, die *Neue Rechte* langfristig aus der Isolation zu führen.

In den Anfängen sollte das ISF als eine Art Denkfabrik dienen, in enger Zusammenarbeit mit der Jungen Freiheit. Gerne wird sich auf die Klassiker der sogenannten *Konservativen Revolution* der 20er und 30er Jahre berufen, darunter Edgar J. Jung, Ernst Jünger und Carl Schmidt.

Ideologische Spannungen blieben da nicht aus. So gab es eine heftige Diskussion zum Begriff der „Neuen Rechten“. Einige fanden das rufschädigend und wollten ihn durch den Begriff „Konservative Revolution“ ersetzen. Diesen Begriff prägte Alain de Benoist, ein Vordenker der Neuen Rechten. Die Vertreter_innen der *Neuen Rechten* greifen auf die autoritären und elitären Denkschulen der *Konservativen Revolution* in der Weimarer Republik zurück.

Nach der Gründung der AfD wurde sich die Frage gestellt, wie sich das IfS dieser neuen Partei gegenüber positionieren sollte. Dies führte zu dem Zerwürfnis zwischen Weißmann und Kubitschek. Weißmann und auch die *Junge Freiheit* sahen die AfD als Projekt, welches es zu unterstützen galt. Kubitschek lehnte dies zunächst ab, da die AfD unter Bernd Lucke eher eine Anbindung an die bürgerliche Mitte verfolgte, was nicht in Kubitscheks Sinne lag.

Erich Lehnert, seit 2008 Geschäftsführer des IfS, setzte die konservative Bildungsarbeit in den Mittelpunkt. Dies meint die Bildungsarbeit im Sinne einer Ausbildung von konservativen Eliten, die gegebenenfalls die alten Eliten in Zukunft ablösen können. Ein weiteres Anliegen des IfS ist die wissenschaftliche Arbeit, Kernthema ist hier die staatspolitische Ordnung.

Zu diesen Themen werden Tagungen, Kongresse, Wochenendseminare und Vorträge gehalten. Die Veranstaltungen dienen zum Austausch und zur Vernetzung innerhalb der rechten Szene. Das IfS betreibt hier Ideologie- und Strategiebildung, mit dem Ziel Nationalkonservative und Rechtsextremisten zu verbinden.

» Ziel des IfS ist es, die Neue Rechte langfristig aus der Isolation zu führen. «

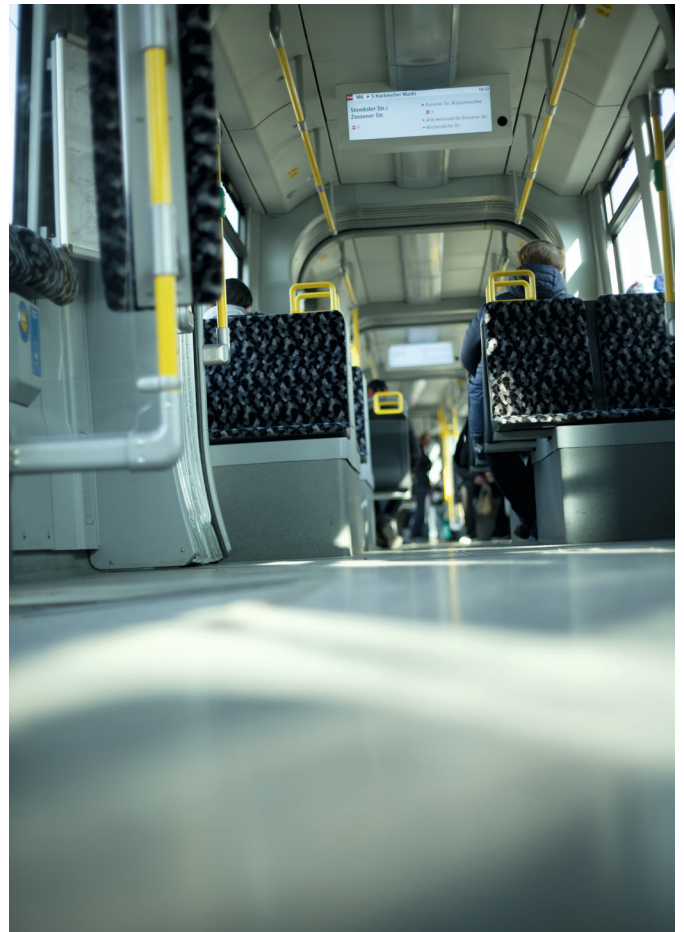
Die Neuausrichtung des IfS unter Kubitschek

Im Jahr 2014 änderte sich Kubitscheks Meinung gegenüber der AfD. Die AfD rückte mit der neuen Parteivorsitzenden Frauke Petry weiter nach rechts, dadurch eröffneten sich ganz andere Möglichkeiten für Kubitschek und das IfS. Im rechtsaußen stehenden Landesvorsitzenden der AfD, Björn Höcke, der gern gesehener Redner im IfS ist und war, fand Kubitschek einen Mitstreiter in Bezug auf rechte Brückenschläge.

Agierte das Institut bis jetzt eher fernab der Öffentlichkeit, drängte es im Zuge der rassistischen Mobilisierung gegen Geflüchtete auf die politische Bühne.

Auch das neue Projekt *Ein Prozent für unser Land*, ein rassistisches Kampagnenprojekt im Umfeld der Neuen Rechten, wird maßgeblich von Kubitschek, den Vertreter_innen des IfS sowie Jürgen Elsässer, dem Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider und Hans-Thomas Tillschneider (AfD) getragen. Das IfS unterstützt auch die *Identitäre Bewegung* (IB) und versucht sie ideologisch zu fördern. Immer wieder tauchen einige Vertreter_innen der IB als Akteure im IfS oder als Autor_innen in der Zeitschrift *Sezession* auf.

Das IfS greift mittlerweile geschickt und stichwortgebend in die politischen Debatten der extremen Rechten ein. Dies geschieht u.a. durch einschlägige Veröffentlichungen (*Zeitschrift Sezession*, *Edition Antaios*), mit Auftritten bei Pegida und Compact und durch Veranstaltungen im eigenen Hause. Das alles zeigt die enge Verzahnung rechter Aktivitäten unter dem Dach des Institutes für Staatspolitik.



Rassistische Bemerkung in Tram

In der Tramlinie M6 unterhalten sich drei Jugendliche laut über andere Mitschüler. Dabei äußert einer der Jugendlichen sich rassistisch, und spricht über die „Scheiß Ausländer“. Obwohl das Gespräch so laut ist, dass die anderen Fahrgäste davon mitbekommen, reagiert niemand.

Quellen:

Antifaschistisches Infoblatt: Institut für Staatspolitik: Im Zeichen des Widerstandes (2015), unter: <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/institut-f%C3%B4Cr-staatspolitik-im-zeichen-des-widerstandes>, abgerufen am 12.01.2018)

Antifaschistisches Infoblatt: Das neurechte Institut für Staatspolitik (2004), unter: <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/das-neurechte-institut-f%C3%B4BCr-staatspolitik>, (abgerufen am 14.12.2017)

Kellersohn, Helmut: "Es geht um Einfluss auf die Köpfe" Das Institut für Staatspolitik. Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier Rechtsextremismus, 7. Juli 2016



Menschenfeindlicher Antrag bei der BVV

Am 18. Mai stellt die AfD-Fraktion bei der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) einen Antrag unter dem Titel „Integrationshemmnis für Flüchtlinge beseitigen“. Darin fordert die AfD-Fraktion, dass das Bezirksamt bei den zuständigen Behörden Informationen einholen solle, ob sich unter den Flüchtlingen in Marzahn-Hellersdorf „Gefährderinnen und Gefährder, Taliban, Salafisten und Gewaltverbrecher anderer Art befinden

und falls ja, die Bevölkerung umfassend über den Wohnort dieser Personen zu informieren“. In dieser Forderung drückt sich Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus, da pauschal eine Bevölkerungsgruppe unter Verdacht gestellt wird. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt und von einem Vertreter der BVV als „grundgesetzeswidrig“ bezeichnet.

Der NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht in München

Ein Mammutverfahren neigt sich dem Ende zu. Wichtige Fragen bleiben weiterhin offen!

Nach nun über viereinhalb Jahren versuchter „Aufklärung“ begann die Generalbundesanwaltschaft (GBA) im Sommer 2017 mit ihrem Schlussplädoyer. Trotz mehrfacher Ausführungen und Beweisen aus 13 parlamentarischen Untersuchungsausschüssen sowie von antifaschistischen Recherchegruppen und unabhängigen Journalist_innen, dass es sich beim NSU um ein breites Netzwerk handeln müsse, bleibt die GBA bei ihrer anfänglichen Auffassung. Demnach handele es sich beim NSU um eine aus drei Personen bestehende Zelle, die mit dem Tod von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt im Jahr 2011 aufgehört habe zu existieren¹. Als Helfer des Trios werden lediglich vier weitere Personen (Andre E., Ralf W., Holger G., Carsten S.) im NSU-Prozess mitangeklagt.

Ein strukturelles Gemisch

Die seit Ende letzten Jahres von den Nebenklagevertreter_innen gehaltenen brillanten und atemberaubenden Plädoyers veranschaulichten noch einmal, was eigentlich schon seit Anfang/Mitte der 1990er entstanden ist und heute als NSU-Komplex verhandelt wird. Ein strukturelles Gemisch aus institutionellem Rassismus, Geheimdienstverstrickung,

Verharmlosung rechter und rechtsterroristischer Formierung, politischer Ignoranz und skandalöser Vertuschungspolitik hat dazu geführt, dass bis heute so viele Fragen im Prozess ungeklärt blieben. Wichtige Zusammenhänge, potentielle Motive und Fragen nach lokalen Helfer_innenstrukturen, sowie das V-Mann-Dickicht seien schlichtweg ausgeblendet und Beweisanträge abgelehnt worden². Ebenso gingen die Nebenklagevertreter_innen darauf ein, welche Qualen ihre Mandant_innen durch die rassistischen Ermittlungen seitens der Behörden erleiden mussten und betonten, wie schrecklich es für die Hinterbliebenen der Opfer bis heute ist, keine Antwort auf die Frage zu erhalten, warum es genau ihre Angehörigen getroffen hat. Einige Hinterbliebene ließen durch ihre Anwalt_innen ihre Botschaften verlesen. Andere, darunter z.B. Elif und Gamze Kubaşık, Ayşe und Ismail Yozgat und Abdulkemir Şimşek kamen mit bewegenden Redebeiträgen selbst zu Wort.

Das Aufklärungsversprechen von Bundeskanzlerin Merkel So machte Gamze Kubaşık, die Tochter des 8. Mordopfers des NSU, der GBA zum Vorwurf, dass nach weiteren Helfer_innen nie wirklich ermittelt worden sei. In ihrem Schlusswort erinnert sie an das Aufklärungsversprechen

von Bundeskanzlerin Merkel, alles zu tun, um die Helfershelfer des NSU aufzudecken - „das haben Sie gebrochen“, so Gamze Kubaşık. Ihre Mutter Elif Kubaşık verließ das Redner_innenpult mit den starken Worten: „Ich bin Dortmunderin. Wir werden hier weiterleben. Wir gehören zu diesem Land.“³

Die Mutter von Halit Yozgat wendete sich am Ende ihrer Rede direkt an Beate Zschäpe: „Können Sie einschlafen, wenn Sie ihren Kopf abends auf das Kissen legen? Ich kann seit elf Jahren nicht einschlafen.“. Dass zum Tatzeitpunkt der Ermordung ihres Sohnes ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes vor Ort war, der von all dem nichts bemerkt haben will, offensichtlich bei seiner Vernehmung gelogen hat und dies vom Gericht nicht ausreichend problematisiert worden ist, belastet die Familie stark.

» Ein strukturelles Gemisch aus institutionellem Rassismus, Geheimdienstverstrickung, Verharmlosung rechter und rechtsterroristischer Formierung, politischer Ignoranz und skandalöser Vertuschungspolitik hat dazu geführt, dass bis heute so viele Fragen im Prozess ungeklärt blieben. «

Auch Adulkerim Şimşek fragte mit lauter Stimme im Gerichtssaal: „Warum mein Vater? Wie krank ist es, einen Menschen aufgrund seiner Herkunft zu töten? Was hat mein Vater Ihnen angetan?“⁴.

Die Hinterbliebenen der Opfer haben in ihren Redebeiträgen eindrucksvoll aufgezeigt, dass sie trotz der persönlichen Verluste, den sich daran anschließenden Rassismuserfahrungen und der Enttäuschungen, welche der Prozess mit sich brachte, nicht aufhören ihren Kampf um Aufklärung weiterzuführen.

Keine Akteneinsicht

Auch die bereits laufenden Ermittlungsverfahren gegen neun weitere Personen und das sogenannte „Strukturmittlungsverfahren“ gegen Unbekannt zum Umfeld des NSU zeigen nicht gerade den nötigen Aufklärungswillen der GBA: Zu diesen parallelen Ermittlungsverfahren erhalten die Nebenklagevertreter_innen keine Akteneinsicht.⁵ Der Nebenklagevertreter Alexander Hoffmann befürchtet daher, dass diese Verfahren eingestellt werden, da zum Ende des NSU-Prozesses diese „Beihilfen“ schon verjährt sein werden und wichtige Akten zur Beweisaufnahme weiterhin unter Verschluss bleiben.⁶

Welche Personen also konkret wann und wie im NSU-Komplex beteiligt waren, wird in diesem Prozess nicht geklärt werden. Für die Hinterbliebenen der Opfer ist dies einer der bittersten Momente in diesem „Rechtsstaat“. Aber die Aufklärung darf mit dem Ende des Prozesses keineswegs enden. Die Forderung *keinen Schlusstrich* unter den NSU-Prozess zu ziehen, ist unerlässlich. Dies sind wir alle den Opfern des NSU-Komplexes schuldig.

Muster strafrechtlicher Aufarbeitung

Allerdings ist es mitnichten nur in Bezug auf den NSU-Prozess so, dass die strafrechtliche Aufarbeitung den Bedürfnissen der Betroffenen nicht gerecht wird. Dies ist vielmehr ein Muster, welches auch in den Fällen der Morde an Oury Jalloh und Burak Bektaş sichtbar geworden ist. Diese und viele weitere rassistische Morde sind bis heute nicht aufgeklärt.

**An der ASH hat sich eine Gruppe, die zum NSU Komplex arbeitet gebildet. Wenn du Interesse hast, melde dich unter
► ash.nsu-komplex@riseup.net**

1_ <https://www.nsu-watch.info/2017/07/staatlicher-selbstschutz-durch-die-bundesanwaltschaft-die-verhinderung-von-aufklaerung-im-nsu-prozess/> (Stand: 17.01.2018)

2_ <https://www.nsu-watch.info/2018/01/gestank-im-freundlichen-land-die-plaedyers-der-nebenklage-im-nsu-prozess-demontieren-das-schon-lang-ueberholte-anklagekonstrukt-der-bundesanwaltschaft-schonungslos/> (Stand: 17.01.2018)

3_ <http://www.taz.de/!5474040/> (Stand: 17.01.2018)

4_ Ebd. (Stand: 17.01.2018)

5_ <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/der-nsu-prozess-0> (Stand: 17.01.2018)

6_ Vgl. Interview mit Alexander Hoffmann geführt, in: „andere Zustände ermöglichen (2017): Prozesse der Aufarbeitung - Ein erstes Fazit zum Ende des NSU-Verfahrens. Seiten-Hieb-Verlag.“



Rassistischer Angriff und Bedrohung am Glambecker Ring

Ein Unbekannter attackiert gegen 17:30 Uhr einen 31-jährigen Geflüchteten. Der Unbekannte rempelt ihn zuerst an und fragt ihn dann, ob er ein Geflüchteter sei. Als er dies bestätigt, wird er ins Gesicht geschlagen und anschließend mit einem Messer bedroht.



Rassistischer Angriff

Fünf Personen werden gegen 20:00 Uhr auf der Marzahner Promenade von einem 35-jährigen Mann rassistisch beleidigt. Der 35-jährige Täter versucht eine Person zu schlagen.

Gedenken an Tu Van Nguyen

Rassismus und Widerstand in den 90er Jahren

Tu Van Nguyen (vietnamesische Schreibweise: Nguyễn Văn Tú) wurde am 24. April 1992 von einem Neonazi am Brodowiner Ring in Berlin-Marzahn erstochen. In Reaktion darauf kam es zu mehreren Demonstrationen und am 3. Mai 1992 folgten etwa 2.000 Menschen einem Aufruf der „Vereinigung der Vietnamesen“ zu einem Trauermarsch. Zum 25. Todestag fand letztes Jahr eine Gedenkkundgebung am Tatort mit circa 100 Teilnehmenden und anschließender Diskussionsveranstaltung statt. Organisiert wurde es von einem Bündnis verschiedener antirassistischer und antifaschistischer Initiativen und Vereine, auch der AStA der ASH beteiligte sich. Bei der Podiumsdiskussion wurde über den Mord an Tu Van Nguyen und die rassistischen Verhältnisse in den 90er Jahren gesprochen. Mit dem Zusammenbruch der DDR verloren massenhaft migrantische Vertragsarbeiter_innen ihren Arbeitsplatz

und auch ihren Aufenthaltsstatus. Kämpfe um Bleiberecht und Arbeit standen einer rigiden staatlichen Abschiebepolitik, einer Welle neonazistischer Gewalt und offenem Alltagsrassismus gegenüber. Über die Geschichte und die Situation mehr als 25 Jahre danach sprachen unter anderem Tang Chu Tien von der „Vereinigung der Vietnamesen in Berlin und Brandenburg“, Tamara Hentschel von Reistrommel e.V., die Aktivistin Mai Phuong Kollath, der Theaterregisseur Dan Thy Nguyen und weitere Personen aus deutsch-vietnamesischen Communities. Die abgedruckten Zitate sind Ausschnitte von diesem Podium, die Äußerungen wurden gekürzt und redaktionell bearbeitet. Eine Aufzeichnung des gesamten Gesprächs ist auf YouTube zu finden unter dem Titel: "Podium zu Rassismus gegen vietnamesische Vertragsarbeitende und Widerstand in den 90er Jahren"

Neonazistische Angriffe, Brandanschläge und Gewalt durch die Polizei

» Wir als Beratungsstelle haben damals pro Tag mindestens 10 Übergriffe gemeldet bekommen. Die Übergriffe waren ja auch in der Presse gewesen, die damals in Bernau waren. In der Polizeiwache haben die sich einen Spaß daraus gemacht Vietnamesen zu foltern. Aber nicht nur in Bernau, es gab überall Übergriffe, auch in Berlin. Bis heute gibt es Vietnamesen, die an den Folgen dieser Übergriffe leiden.«

Tamara Hentschel

» Ich war dabei in Hoyerswerda. Ich war bei den Verhandlungen mit der Betriebsleitung in Hoyerswerda, weil die Betriebsleitung den mosambikanischen Vertragsarbeitern die Abfindung nicht zahlen wollte. Und die mosambikanischen Vertragsarbeiter haben den Flug boykottiert und um sicherzustellen dass der Flug geht, wurden von den Betriebsleitern deren Kinder dazu animiert diese Brandanschläge durchzuführen (nach Erzählung der Betroffenen). Und mit Beifall wurden dann die Mosambikaner aus Hoyerswerda rausgefahren.

Der nächste Brandanschlag sollte eigentlich in dem Wohnheim in der Havemannstraße (Marzahn) durchgeführt werden. Wir haben wochenlang Wache gehalten, Nacht für Nacht, um aufzupassen, dass das Heim nicht brennt. Möglicherweise ein Zufall (möglicherweise war es auch kein Zufall) konnte verhindern, dass kein Brandanschlag in dem Wohnheim geschah. Am Tag des geplanten Anschlages umzingelten bereits diverse Menschen (mindestens 50 Personen), die offensichtlich dem rechten Spektrum zuzuordnen waren das Haus um einen Anschlag zu verüben. Ein gleichzeitiger Brandanschlag im damaligen Treff dieser Leute (Jugendclub Wurzel) verhinderte den Brandanschlag auf das Wohnheim in der Havemannstraße in dem damals sehr viele ehemalige Vertragsarbeitende mit ihren Kindern wohnten. Niemand wusste genau wieviele Menschen überhaupt in dem Heim wohnten. Im Anschluss an dieses Ereignis fanden die tragischen Übergriffe von Rostock-Lichtenhagen statt.«

Tamara Hentschel



Ende der DDR:

» Wieso seid Ihr immer noch hier? «

» Ich hab ja in der Zeit nach der Wende in Rostock gelebt. Ja, erst waren wir ja herzlich willkommen, wir sollten ja hier arbeiten und zu dem wirtschaftlichen Aufschwung der DDR beitragen. Und nach der Wende hieß es auf einmal von den ehemaligen Kollegen, mit denen wir zusammen im Hafen gearbeitet haben: ‚Wieso seid Ihr denn noch hier, die DDR hat Euch geholt und die DDR gibt es nicht mehr und wieso seid Ihr dann noch hier?‘ Diese Frage. Und zweitens kann ich bis heute dieses Muster feststellen, das in Deutschland immer noch weiter fortgeführt wird. Auf einmal hat man die legalen Vietnamesen, die im Rahmen des Regierungsabkommens nach Deutschland geholt wurden, als illegal abgestempelt. Auf einmal sind wir ‚hochkriminell‘. Auf einmal sind wir ‚Zigarettenmafia‘. Auf einmal sind wir die ‚Illegalen‘ und ‚das Boot ist voll‘ und ‚Wohin mit den eingekauften Vietnamesen‘. Da scheuten weder die Medien noch die Politiker uns damals wirklich zu verunglimpfen. Auf einmal sind wir wirklich Freiwild für alle.«

Mai Phuong Kollath



Abb: Rassistischer Angriff in Hellersdorf

Ein 19-jähriger Geflüchteter wird gegen 21:00 Uhr vor einem Jugendclub in der Senftenberger Straße aus einer Gruppe heraus von einem Mann rassistisch beleidigt und mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

Widerstand, Umgangsstrategien und Selbstverteidigung

»Als Rostock-Lichtenhagen geschehen ist, ist es nicht so gewesen, dass die Leute in dem Haus einfach gewartet haben, gewartet haben, dass sie verbrennen. Das ist nicht passiert. In den Interviews, die ich geführt habe kam raus, dass viele aufgrund von Kriegserfahrung schon relativ gut wussten, wie sie sich zu verteidigen haben.«

Dan Thy Nguyen

»Auch über die Rechtsradikalen haben wir unter uns immer gesprochen, damit wir wissen, wie wir uns verhalten sollten. Wir hatten damals keine Fahrzeuge und mussten mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren, deshalb haben wir uns besprochen, dass wir nicht mehr spät fahren und nicht allein sondern in Gruppen. Wir vermeiden Plätze, wo wir wissen, dass da oft Rechtsradikale waren.«

Tang Chu Tien

»Die Zeit der 90er war ja nicht nur etwas, dass im Osten passiert ist. Ich komme aus der Boat-People Community und mein Vater war Metallschlosser. Er hat angefangen Starkstromleitungen zu schneiden und wir haben die hinter dem Bett versteckt als Knüppel, falls unser Haus angegriffen wird. Und wir wurden auch angegriffen. Mein Vater hat mir auch bestimmte Punkte am Körper gezeigt, die ich angreifen soll wenn jemand mich festhalten will. Und so wurden wir auch als zweite Generation vorbereitet darauf, wenn die Nazis kommen, dass wir auch als Kinder oder Jugendliche nicht wehrlos sind.«

Dan Thy Nguyen

»Wir müssen uns das vorstellen: als Vertragsarbeiter nach der Wende wurde uns gesagt, entweder nehmt ihr die 3000 DM und kehrt zurück oder ihr bleibt hier und versucht euch selbst über Wasser zu halten. Zu dem Zeitpunkt stand es fest, dass wir nur noch zwei Jahre bis zum Ende unser Vertragszeit bleiben dürfen. Und das ist das Problem mit der Organisation des Widerstandes. In dieser Situation nutzt jeder die zwei Jahre Zeit um noch etwas Geld zu verdienen, deshalb verfolgen wenige die Strategie sich zusammenzuschließen um etwas zu machen. Später als wir erkannt haben, dass wir auch das Recht wie die Gastarbeiter in den alten Bundesländern haben, haben wir auch den Gedanken angestoßen und den Kampf um das Bleiberecht mitgemacht.«

Tang Chu Tien

»Es ist sehr viel von der DDR vertuscht worden, was an rechter Gewalt passiert ist. Und auch in Sachen der BRD ist es relativ schwierig, weil auch die BRD sich nicht gegen Rassismus gestellt hat - für sehr lange und teilweise bis heute. Das ist immer ein ganz großes Kämpfen um das Aufmerksammachen.«

Dan Thy Nguyen

Die AfD

Analysen, Hintergründe, Kontroversen

Sebastian Friedrich lebt in Hamburg und ist Journalist. Er promoviert an der Universität Duisburg-Essen zum Diskurs über Arbeitslose, Arbeitslosigkeit, Arbeitsunwilligkeit und Faulheit in der jungen Bundesrepublik. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Sozialstaatsdiskurse, Rechte Formierung, AfD, Kritische Soziale Arbeit, Migration und Arbeit, Diskursanalyse sowie Klassenanalyse. An der ASH hatte er einige Lehraufträge.

Sein Buch „Die AfD – Analysen, Hintergründe, Kontroversen“ (bertz und fischer Verlag, Berlin) geht über eine Analyse der AfD als neoliberale und extrem rechte Partei hinaus. Friedrich analysiert darin nicht nur die soziale Basis für den Erfolg der Rechten, sondern skizziert als langfristige Perspektive und Exit-Strategie aus dem derzeitigen rechtskonservativen Diskurs eine „Neue Klassenpolitik“. Wir stellen an dieser Stelle nur ein paar Auszüge aus dem Schlusskapitel vor, doch es lohnt sich, sich das gesamte Buch als Grundlage für Verständnis von strukturellen Zusammenhängen und Argumentation im Kampf gegen die extreme Rechte zu Nutze zu machen. Hingewiesen sei auch auf das laufend aktualisierte Dossier zur Debatte um „Neue Klassenpolitik“: <http://www.sebastian-friedrich.net/neue-klassenpolitik/>

» Klassenpolitik auf der Höhe der Zeit.«

Angriff auf einen Geflüchteten in Marzahn

Ein 19-jähriger Geflüchteter wird gegen 16.00 Uhr vor einem Supermarkt in Marzahn aus rassistischer Motivation von einem unbekannten Mann beleidigt und massiv bedroht. Der 19-Jährige versteckt sich im Supermarkt und kann diesen erst nach einiger Zeit verlassen.

Was tun?

Die AfD ist anders als die bisherigen rechten Parteiversuche in der Geschichte der Bundesrepublik. Der AfD gelingt es besser, ihre Inhalte in eine moderne Hülle zu verpacken. Aber nicht nur das: Als rechte Sammlungspartei ist sie mehr als eine völkische Partei, sie ist auch eine nationalneoliberale und eine nationalkonservative Partei. Entsprechend funktionieren erprobte Anti-Rechts-Politiken – Diskreditieren, Blockieren und Ausgrenzen – nicht mehr. Andere Strategien sind gefragt. Kurz- und vielleicht sogar mittelfristig kann das rechte Projekt nicht gestoppt werden. Die AfD hat sich etabliert und verfügt bereits jetzt über eine erstaunlich große Anhänger_innenschaft. Pläne, die zum Ziel haben, sie zu »bekämpfen«, sind daher zum Scheitern verurteilt. Sinnvoller ist es, eine Strategie im Umgang mit dem rechten Projekt und der AfD zu entwickeln, die eine langfristige Perspektive hat, die eine Kritik an rechter Politik insgesamt umfasst und die anhand gezielt gewählter Angriffspunkte die Aussicht auf eine linke Gegenbewegung stärkt. Konkret bedeutet dies, die Kritik gegen das rechte Projekt mit einer Kritik an der herrschenden Politik zu verbinden, den ideologischen Rahmen der Rechten zu verlassen, stattdessen die sozialen Verhältnisse zum Ausgangspunkt zu machen und schließlich den rechten Konzepten eine »Neue Klassenpolitik« entgegenzusetzen. (...)

Wirtschaftsliberale, Sozialdemokrat_innen, modernisierte Konservative bis hin zu linksliberalen Kosmopolit_innen bilden eine Front gegen die Bedrohung durch die Erzkonservativen, Rechten und Fundamentalist_innen. Doch es ist eine falsche Polarisierung – und eine Polarisierung, an der auch linke Kräfte nicht ganz unschuldig sind. Die extreme Mitte in Deutschland hat die Modernisierung der Gesellschaft aufgenommen. Sie ist gesellschaftspolitisch einigermaßen fortschrittlich, setzt wirtschafts- und sozialpolitisch aber auf Konkurrenz und individuelle Leistungsbereitschaft, sie hat den Interessen des exportorientierten Kapitals Vorrang eingeräumt, die »Standortbedingungen« auf Kosten der Lohnabhängigen verbessert und zugleich schillernde Diversity-Programme aufgelegt. Die ideale staatliche Gestaltwerdung des »weltoffenen« Neoliberalismus war die rotgrüne Bundesregierung 1998 bis 2005. Als eine Art linker Flügel der extremen Mitte verband sie ein kulturell einigermaßen progressives Programm mit



einem wirtschafts- und sozialpolitisch stramm rechten Kurs: Die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts und die Einführung der Lebenspartnerschaft kombinierte Rot-Grün mit einem im Sinne der Kapitalinteressen radikalen Umbau des Sozialstaats inklusive der deutlichen Senkung des Spitzensteuersatzes. Auch die nachfolgenden Regierungen haben im Kern diesen Kurs fortgeführt. Die AfD hingegen steht für eine Variante des Neoliberalismus, die wirtschaftspolitisch stärker nationalistisch-protektionistisch ist und gesellschaftspolitisch die Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte rückgängig machen möchte. Linke Politik bedeutet, beides aufzunehmen: den Kampf um Freiheit auf gesellschaftspolitischer Ebene und den um Gleichheit auf sozialer und ökonomischer Ebene (...).

Kulturkonservatismus, Nationalismus, Rassismus und Sexismus treffen auf verschärfte Konkurrenz und reale Abstiegsängste, die vor allem innerhalb neoliberaler Denkweisen – Leistungsideologie und ökonomistische (Selbst)Bewertung – verarbeitet werden. So kommt die explosive Mischung zustande: Der rechte Kulturkampf und die realen materiellen Sorgen bilden eine ausgezeichnete Grundlage, Abstiegsängste reaktionär zu verarbeiten. Reaktionär ist dies, wenn sich Menschen bloß in eine Zeit zurücksehnen, in der die eigene Stellung unter den Ausgebeuteten im Vergleich zu den anderen Ausgebeuteten besser war; reaktionär ist dies außerdem, weil es sich letztlich um eine Krisenverarbeitung innerhalb des neoliberalen Paradigmas handelt. Nicht

Kämpfe um höhere Löhne, gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse und für Umverteilung stehen auf der Tagesordnung, sondern der Kampf gegen andere Gruppen, die sich auf dem nationalen – und weltweiten – Arbeitsmarkt wiederfinden. Die exklusive Solidarität (innerhalb von Geschlecht, sozialer wie örtlicher Herkunft) hat also ihre Logik. Entsolidarisierung und exklusive Solidarität sind, so gesehen, plausible Antworten auf erweiterte Konkurrenzbedingungen im Kapitalismus, ohne dabei die Grundprinzipien der neoliberalen Ideologie und damit der Herrschenden aufzugeben. (...) Der Schlüssel für eine Klassenpolitik auf der Höhe der Zeit liegt darin, die realen Unterschiede innerhalb der Lohnabhängigen nicht zu verwischen, sondern sie zum Ausgangspunkt für die Analyse und die Praxis zu machen. Sie beschränkt sich nicht darauf, Ideologien wie Nationalismus, Rassismus und Sexismus zu entlarven, sondern stellt den strukturellen Zusammenhang dieser Ideologien mit dem Kapitalismus heraus. Sie fragt, welche spezifischen Formen der Ausbeutung Migrant_innen und Frauen betreffen, wie diese juristisch und politisch ermöglicht und legitimiert werden und welche Funktion gesellschaftliche Ausschlussmechanismen erfüllen. (...) Neue Klassenpolitik fragt zudem nach den gemeinsamen Orten des Widerstandes, an denen die Spaltungen entlang »ethnischer«, »kultureller« oder »geschlechtlicher« Grenzziehungen überwunden werden können.

Sebastian Friedrich

Auf Klassenfahrt zur Sozialen Arbeit

Interview mit Janek Niggemann

Der Standort der Alice Salomon Hochschule befindet sich in einem Bezirk, der im Ost-West-Gefälle der Bundesrepublik schlecht wegkommt. So besteht aus west-deutscher Sicht oft ein Zusammenhang zwischen Plattenbauten, einem vergleichsweise niedrigen Einkommen mit Rassismus und extrem rechten Strukturen. Der Kampf gegen Rassismus und gegen die extreme Rechte, ob nun im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, bundesweit oder weltweit, ist auch ein Kampf um soziale Gerechtigkeit. Die Alice Salomon Hochschule (ASH) rühmt sich damit, deutschlandweit die größte Hochschule für soziale Berufe zu sein. An dieser Stelle beschäftigen wir uns mit den Lehrinhalten der ASH und fragen im Interview mit Janek Niggemann, Gastdozent_in an der ASH, nach, wie genau die Hochschule im Umgang mit sozialer Gerechtigkeit agiert und an welchen Stellen klaffende Leere im Lehrangebot der ASH besteht.

Janek, du bist Gastdozent_in hier an der ASH, einer der größten Hochschule für soziale Berufe. Du unterrichtest hauptsächlich in dem Bereich ‚Pädagogische Grundlagen Sozialer Arbeit‘. Im Sommersemester 2017 hast du, zusammen mit Ann-Katrin Lebhuhn, im Studiengang Soziale Arbeit als Wahlmodul das erste Mal „Class matters“ angeboten. Ein Seminar mit dem Schwerpunkt auf Klassismus.

Was verstehst du unter dem Begriff Klassismus?

Unter Klassismus verstehe ich die Diskriminierung aufgrund sozialer Herkunft oder Zugehörigkeit. Klassismus dient der Abwertung und Entwürdigung von Menschen, indem ihnen negative Eigenschaften oder Merkmale zugeschrieben werden, die als sozial weniger wertvoll betrachtet werden. Durch Klassismus grenzen sich die Mitglieder einer sozialen Gruppe von jenen ab, die untergeordnet werden sollen. Klassismus ist im Prinzip eine flexible Abwertungsmöglichkeit von Oben nach Unten. Mit Hilfe

von Stereotypen, Klischees und Vereinseitigungen werden Gruppen abgewertet, um die eigene Gruppe aufzuwerten, indem das Gegenüber als beispielsweise „billig“, „dreckig“, „laut“, „gewalttätig“, „sozial schädlich“ benannt wird. Das ist der Clou daran.

» Durch Klassismus grenzen sich die Mitglieder einer sozialen Gruppe von jenen ab, die untergeordnet werden sollen. Klassismus ist im Prinzip eine flexible Abwertungsmöglichkeit von Oben nach Unten. «

Das Thema scheint ja relevant zu sein für Soziale Berufe - warum taucht es im regulären Curriculum der Hochschule nicht auf?

Das Thema zeigt sich sowohl (?) in der Klassendistanz zwischen Professor_innen und Studierenden und wird auch (?) in der professionellen Klient_innen-Beziehung wichtig. Oft landen Menschen in der Sozialen Arbeit, die selbst durch Sozialarbeit oder Sozialpädagogik eine Perspektive für sich gefunden haben. Die sollen dann mit ihrer eigenen Erfahrung bestätigen, dass es wirklich schlimm zugeht in den sozialen Gruppen, aus denen sie gekommen sind und dass es daher umso wichtiger ist, Soziale Arbeit einzusetzen. Wer selbst aus Verhältnissen kommt, die Andere nur aus klischeehaften Erzählungen oder dem Fernsehen kennen, hat einiges zu tun, selbst nicht die

gängigen Abwertungen mitzumachen, um aufzusteigen. Über Klassismus zu sprechen würde auch bedeuten, sich über die eigenen Vorannahmen über die Anderen und Stereotype klar zu werden, aber auch zu reflektieren, welche Aufstiegserfahrungen problematisch waren.

Eine der Schwierigkeiten Klassismus auch in Lehrplänen zu thematisieren, liegt daran, dass Klassismus bereits die meisten schon vorher über Bildungsausschlüsse aussortiert hat, sodass dort, wo Inhalte für das Studium zusammengestellt werden, meist nur diejenigen sitzen, die bereits von Klassismus profitiert haben und das Thema somit häufig abgelegt haben oder finden, dass es übergangen werden kann. Zudem ist es so, dass die Soziale Arbeit die Funktion erfüllt gleichzeitig zu unterstützen und zu kontrollieren. Das sind ihre staatlichen Aufgaben. Und wenn diese Aufgaben möglichst reibungslos stattfinden sollen, dann ist es ein Hindernis, sich über Klassismus zu verständigen. Dann kann ich als Sozialarbeiter_in nicht einfach meine Funktion ausfüllen, wenn ich mich auch noch frage, ob ich gerade Diskriminierung ausübe. Ich selbst komme aus einer „Gastarbeiter_innen-Familie“ und es hat lange gedauert, selbstbewusst über Klasse und Klassismus zu sprechen. Du sagst aber nicht jedes Mal wenn du eine Klassismuserfahrung machst „das tut mir weh“ oder „das ist blöd“, weil du so in den Räumen bleiben kannst. Du nimmst etwas in Kauf um dort bleiben zu können, aber um den Preis der Anpassung an die bürgerlichen Normen, die es in diesen Räumen gibt. Wenn du aber von einer sozialen Welt in die andere gewechselt bist, dann lernst du erst die Bandbreite an abwertenden und herablassenden Formulierungen kennen, die für die Gruppe benutzt wird, aus der du kommst. Nicht allen siehst du die Klassismuserfahrungen an und darüber sprechen zu lernen ist eine Auseinandersetzung mit sozialer Scham und Angst, für die die Hochschule auch nur bedingt ein geeigneter Ort ist. Das ist problematisch, weil du einerseits froh bist, dass du bestimmten schwierigen Bedingungen entkommen bist und auf der anderen Seite weißt du, dass die Menschen, die in schwierigen Bedingungen leben, unheimlich zäh und stark und klug sein können und viele Dinge auch besser laufen als in bürgerlichen Familien.

Kannst du ein Beispiel von Diskriminierung aufgrund von Klasse im Alltag nennen?

Eine total starke Rolle in der sozialen Konkurrenz spielt das Bildungssystem, in dem der Staat das Monopol über die Abschlüsse hat. Dein Abschluss entscheidet über deine Möglichkeiten. Sprache ist auch ein gutes Beispiel. So nehmen Lehrer_innen es wahr, wenn Schüler_innen anders als sie selbst sprechen, also vielleicht mit Dialekt

Rückseite: Revisionistisches Gedenken an Dresden Bombardierung

Neonazis aus dem Umfeld der Partei „Der III. Weg“ hinterließen mehrere schwarze Holzkreuze vor der Alice Salomon Hochschule, fotografierten diese und posteten es im Internet. Die Aktion ist Teil des revisionistischen „Gedenkens“ an die Bombardierung Dresdens im Frühjahr 1945, mit der Neonazis versuchen den Nationalsozialismus und seine Verbrechen zu verharmlosen. Zuvor nahmen die Neonazis an einer Kundgebung vor dem Brandenburger Tor teil, an dem sich spektakulär neonazistische Strukturen aus Berlin und Brandenburg beteiligten.

oder Akzent sprechen oder sich nicht so „gewählt“ ausdrücken. Das wird dann negativ bewertet. Oder wenn sich Mittelklasseangehörige sogenanntes „Trash-TV“ ansehen, um sich überlegen zu fühlen. Oder wenn Menschen, die HartzIV beziehen, als faul, dumm oder dreist abgewertet werden. Außerdem spielt in der BRD das Ost-West-Verhältnis eine starke Rolle, indem beispielsweise der ganze Osten von vielen im Westen als Problem angesehen wird, oder ganz Marzahn-Hellersdorf, was eine falsche und herablassende Perspektive ist.

Beispielsweise heißt es oft, dass ein Berliner Randbezirk mit vergleichsweise niedrigem Grundeinkommen „natürlicherweise“ rechts wäre. Welche Einschätzung hast du dazu?

Über Klassismus sprechen sollte begleitet werden von einer Debatte darüber, wie der gesellschaftliche Reichtum verteilt ist und wie er möglicherweise anders zu verteilen wäre. Es gibt eine erstaunliche Entwicklung, dass gerade der massiven Unsicherheit und Perspektivlosigkeit durch HartzIV von Oben mit einer Feindbildkonstruktion begegnet wird. Anstatt also die Reichtumsverteilung anzugehen bearbeiten manche ihre Wut und ihre Ohnmacht in rassistischen Formen, aber das nicht nur in Marzahn-Hellersdorf, sondern insgesamt. Mehr Geld haben sie davon nicht. Die Leipziger Mitte-Studie hat allerdings auch gezeigt, dass die soziale Verrohung, die auch durch Klassismus geschieht, vor allem aus den Mittelklassen kommt. Die Mittelklasse schrumpft und in ihr gibt es verstärkt Konkurrenz um die wenigen verbliebenen guten Jobs. Die Mittelklasse ist in der Position, dass sie am meisten Angst vor einem gesellschaftlichen Abstieg haben, weil sie diejenigen sind, die bei einem Abstieg am meisten zu verlieren haben. Und sie sind die, die in den Zeitungen, im Fernsehen und in der Politik zu den Hauptakteur_innen gehören und sich durch ihre Leistungsideologie nach unten abgrenzen, statt sozial solidarische Perspektiven zu wählen.



AstA
ASH



ARBEITSKREIS  RECHTE GEWALT



ANTIRASSISTISCHE
REGISTERSTELLE
MARZAHN-HELLERSDORF
ASH BERLIN

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**



PenguinDruck.de